

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller (einfach 11,5 Heller Porto)

Aus dem Inhalt:

Interview Dr. Hodzas für die „Morning Post“

Polnische Olympiade-Mannschaft erhält keine Reiseplätze

Trautenauer Textil-Industrie wesentlich besser beschäftigt

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 — Telefon 53077 — Herausgeber: Siegfried Taub — Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Dienstag, 2. Feber 1937

Nr. 28

Gegen Unrecht und Hunger

Eine deutsche sozialdemokratische Konferenz für Menschlichkeit in der Arbeitslosenfürsorge

Mangelnde Einsicht der Behörden

Sonntag, den 31. Jänner 1937, fand in Prag im Ingenieurhaus eine vom Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei einberufene Beratung der in den Bezirkssozialkommissionen tätigen Funktionäre der Partei statt.

Die Konferenz, an der 61 Delegierte teilnahmen, wurde nach 9 Uhr früh vom Parteivorsitzenden Minister Dr. Czech eröffnet, der insbesondere die Vertreter der Zentralgewerkschaftskommission (Weigl, Bauer), des Kleinbauernverbandes (Zentner) und des Jugendverbandes (Weißler) begrüßte. In seiner Eröffnungsansprache legte der Parteivorsitzende den Zweck der Beratungen dar, der darin besteht, die Erfahrungen der in der Arbeitslosenfürsorge tätigen Genossen auszutauschen und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, denn der Augenblick mache den Eingriff der Partei notwendig. Nachdem hierauf ein Präsidium, bestehend aus den Genossen Dr. Czech, Abgeordneten Ratz (Kastner) und Ritschmann (Neutitsch) gewählt worden war, erstattete Genosse Abgeordneter Taub ein ausführliches Referat. Der Referent legte den Stand der Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei, insbesondere in den deutschen Gebieten dar und wandte sich dann besonders der Ernährungsaktion zu, wobei er den Inhalt der einzelnen Erlässe eingehend darlegte und

sich mit ihrer Handhabung durch die Bürokratie befaßte. (Einiges aus dem Inhalt des Referates und der Debatte verarbeiten wir an anderer Stelle. — Die Red.)

Bevor in die Debatte eingegangen wurde, wurde eine Kommission gewählt, die aus den Genossen Wunderlich, Lorenz, Jaksch, Satter, Bierer, Weißler, Weigl und Zentner bestand. In der Debatte selbst sprachen die Genossen Legat (Karlsbad), Richter (Brüx), Lorenz (Teplic-Schönan), Wunderlich (Gratitz), Riedl (Tetsch), Weißler (Teplic-Schönan), Seidler (Bautsch), Bierer (Mähr. Schönberg), Trccl (Erweis), Csl (Bodersam), Kern (Komotau), Riedl (Sang), Gerbrich (Braumau), Lienert (Schmiedberg), Jettl (Mendel), Denk (Krumau), Fickert (Reubel), Purianel (Mtsch), Gartner (Tachau), Denk (Plan), Riedl (Schönlände) und Ritschmann (Neutitsch), worauf Genosse Krenner noch die Zusammenfassung der Konferenz befaßte.

Namens der Antragsprüfungskommission schlug dann Genosse Jaksch eine Resolution vor, die wir nachstehend veröffentlichen und die nach einem Schlußwort des Genossen Taub einstimmig angenommen wurde. Daraufhin konnte der Vorsitzende Genosse Ratz die erfolgreich verlaufene Konferenz, welche eine große Fülle von Material zu Tage gefördert und einen tiefen Einblick in die Verwaltungspraxis gewährt hat, mit den Worten schließen, daß die sozialdemokratische Partei entschlossen ist, alle reaktionären Anschläge auf die Arbeitslosenfürsorge abzuwehren. Die Fürsorge für die Arbeitslosen ist gerade im gegenwärtigen Moment nicht nur Menschenpflicht, sondern auch ein Stück Staatsverteidigung.

Die Entschlebung:

Die am Sonntag, den 31. Jänner 1937 im Ingenieurhaus in Prag tagende Konferenz der Mitglieder der Bezirkssozialkommissionen stellt folgendes fest:

Die Arbeitslosigkeit weist im allgemeinen erfreulicherweise gegenüber dem Jahre 1935 eine sinkende Tendenz auf. Immerhin muß aber festgestellt werden, daß in unserem Organisationsgebiete mit 31. Dezember 1936 noch immer eine Arbeitslosigkeit von 248.242 gemeldet wurde. Es darf nicht übersehen werden, daß die Arbeitslosigkeit in einzelnen Gebieten schon durch sieben Jahre hindurch dauert und daß die lange Dauer der Arbeitslosigkeit einen außerordentlichen Notstand in den betroffenen Familien hervorruft.

Schwere Mängel der Arbeitsbeschaffung

Wir haben gern zur Kenntnis genommen, daß sich die Gesamtregierung nimmer mit den Ursachen der Arbeitslosigkeit und mit ihrer Beseitigung in engster Nähe beschäftigt. Das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist infolge seiner besonderen wirtschaftlichen Struktur vor allem hart betroffen. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit wird durch die Nationalisierung, durch die Auswüchse des Kartellsystems, durch die ungenügende Berücksichtigung der Bedürfnisse der Deutschen in den bewohnten Gebieten bei Vergabe von Staatsaufträgen, durch die ungenügende Dotierung der einzelnen Ressorts, so des Ministeriums für soziale Fürsorge, des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, des Ministeriums für Gesundheitswesen und schließlich des Landwirtschaftsministeriums (s. B. Förderung der Baubewegung, Straßenarbeiten, Durchführung von Meliorationen, von Wasserleitungen, Wassertrögen, Elektrizitätsanlagen) und endlich die völlige, unzureichende Heranziehung der deutschen Arbeiterbewegung bei Vergabe von Stellen im öffentlichen Dienste und in Staatsbetrieben außerordentlich verschärft. Die öffentliche Arbeitsbeschaffung wird vielfach in unverantwortlicher Weise durch schleppende Art der Erledigung der Eingaben gehemmt. Dazu kommt noch in letzter Zeit der Umstand, daß sich durch unklare, ungenaue Bestimmungen des Staatsverteidi-

gungsgebietes die Erledigung vieler Angelegenheiten in einem außerordentlichen Maße verzögert und daß vielfach die Durchführung notwendiger Maßnahmen unmöglich gemacht wird.

Die außerordentlich ersten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Krisengebieten werden von politischer Seite in demagogischer Weise ausgenutzt. Die traurige Lage der Arbeitslosen fördert nicht nur die radikalen Strömungen in der Innenpolitik, sondern sie wird auch den Auslandsgegnern als Beweis für die völlig unzureichende Krisenbekämpfung in der Tschechoslowakei mißbraucht und hat bereits dazu geführt, daß Auslands-Hilfe angefordert wird.

Die Folgen für den Staat

Die außerordentlich ersten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Krisengebieten werden von politischer Seite in demagogischer Weise ausgenutzt.

Die außerordentlich ersten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Krisengebieten werden von politischer Seite in demagogischer Weise ausgenutzt. Die traurige Lage der Arbeitslosen fördert nicht nur die radikalen Strömungen in der Innenpolitik, sondern sie wird auch den Auslandsgegnern als Beweis für die völlig unzureichende Krisenbekämpfung in der Tschechoslowakei mißbraucht und hat bereits dazu geführt, daß Auslands-Hilfe angefordert wird.

Trotz dieser Erfahrungen war die Konferenz der einmütigen Auffassung, daß die Vertrauensmänner der deutschen Arbeiterbewegung ihre verdienstvolle Tätigkeit als Anwälte der ärmsten Krisenopfer in den Sozialkommissionen nicht aufgeben dürfen. Mit gleicher Einmütigkeit erhob sie dagegen Protest, daß einzelne Bezirkssozialkommissionen geradezu dem Diktat der Vertreter der Finanzbürokratie unterworfen werden oder nur zum Preisbloß wischen den berechtigten Forderungen der Arbeitslosen und den oben charakterisierten unsozialen Erprobungsmaßnahmen verschiedener Behörden beizutreten werden sollen.

Für Verbesserung der Richtlinien

Die Erfahrung hat gelehrt, daß die im Jahre 1933 ausgegebenen Richtlinien für die praktische Durchführung der Ernährungsaktion überholt sind. Die lange Dauer der Krise macht es zur gescheiterten Notwendigkeit, daß die Richtlinien verbessert und dadurch den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt werden.

Zuerst Arbeitsbeschaffung

Wir vertreten nach wie vor den Standpunkt, daß es Aufgabe der Regierung sein muß, der Arbeitslosigkeit vor allem durch Arbeitsbeschaffung zu wehren. Für jene Arbeitslosen, die vorläufig nicht in dem Produktionsbereich ausfindig gemacht werden können, muß die staatliche Sozialpolitik zum mindesten in einem Ausmaße sorgen, welches ihren dringenden Lebensbedarf sicherstellt.

Zwölf Forderungen:

Aus der Situation ergeben sich in Anlehnung an die gemeinsame Kundgebung der Spitzenverbände der deutschen Arbeiterbewegung vom 13. November 1936 unter nachstehenden Forderungen:

1. Umfassende systematische und bestmögliche Exportförderung. Befolgung der Devisenbeschränkungen.
2. Novellierung des Kartellgesetzes.
3. Förderung der Errichtung neuer Industrien in den Notgebieten.
4. Außerordentliche Dotierung der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Ermöglichung von Notstandsarbeiten durch erhöhte Zuwendungen an jene Selbstverwaltungskörper, die aus Eigenem nachweisbar den auf sie entfallenen Lohnanteil nicht aufbringen können.
5. Zuführung außerordentlicher Mittel für den Straßen- und Elektrizitätsausbau, für Meliorationen und Wasserversorgungen und Verwendung dieser Mittel vor allem in den Notlandsgebieten.
6. Liberale Handhabung der sich in der bisherigen praktischen Durchführung als hemmend auswirkenden Bestimmungen des Staatsverteidigungsgesetzes und Befreiung des Verkaufens.
7. Verlässliche Einstellung deutscher Bewerber in allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung und in den Staatsbetrieben. Verlässliche Einstellung der deutschen Kriegsbefähigten bei Vergabe von Trümmern.
8. Parlamentarische Verhandlung des Antrages Dr. Taub nach Einziehung aller über 65 Jahre alten bedürftigen Personen in das Ueberaltergesetz.
9. Novellierung der Richtlinien, die vom Ministerium für soziale Fürsorge bezüglich der Ernährungsaktion ausgegeben wurden, insbesondere hinsichtlich der Jugendlichen, der sogenannten Saitenarbeiter und der Familienhalter. In diesen Richtlinien ist den Behörden die Pflicht aufzuerlegen, auf die Höhe der Miete und der Lebenshaltungskosten in einzelnen Gebieten, auf die Notlage der arbeitslosen Händler sowie der Seminarbeiter, auch wenn sie formell selbständige Gewerbetreibende sind, Rücksicht zu nehmen. Im Zuge dieser Novellierung fordern wir ferner: Einbeziehung erwerbsloser Kleinrentner, die infolge der Krise ihr Gewerbe abmelden mußten und deren Lebensunterhalt gefährdet ist, in die Ernährungsaktion. Anerkennung des dreimonatlichen Arbeitsnachweises auch dann, wenn unverschuldete Unterrechnungen vorliegen.
10. Fortsetzung der außerordentlichen Unterstützungsaktionen über das vorgesehene Zeitmaß hinaus in den vom Notstand ganz besonders hart betroffenen Gebieten. Anhebung dieser Aktionen auf die Gewerkschaftsmittelglieder, welche nach Artikel I und II des Gesetzes 1930/74 nicht mehr als 50 Kč wöchentlich beziehen.
11. Errichtung von Landessozialkommissionen.
12. Erweiterung der Aktionen bezüglich der Heimstätten, der Arbeitslager und der vom Gesundheitsministerium eingeleiteten Genesungsaktionen.

Am Sonntag hat eine ernste Beratung sozialdemokratischer Vertrauensmänner stattgefunden, die sowohl bei den kompetenten Behörden als auch in der Öffentlichkeit Beachtung finden sollte, weil sie tiefen Einblick in die Leiden der Arbeitslosen gewährte, insbesondere in ihren Kampf um das bishigen Nahrungsmittel, das ihnen der Staat in Form von Ernährungsarten gewährt, welche ihnen jedoch unter hundert Vorwänden und Ausflüchten vorenthalten werden. Gerade die deutsche Öffentlichkeit müßte dafür lebendiges und leidenschaftliches Interesse zeigen, weil auf die Substanz der Arbeitslosen ein unverhältnismäßig großer Anteil der Arbeitslosen entfällt als auf die Tschechen. Während von der Bevölkerung Böhmens auf die Deutschen 32,72 Prozent entfallen, betrug der Anteil der deutschen Bezirke an der Arbeitslosigkeit im Dezember 1936 nicht weniger als 56,4 Prozent. Vom November bis Dezember des vergangenen Jahres stieg sogar der Anteil der deutschen Bezirke Böhmens an der Gesamtzahl der Arbeitslosen des Landes, und zwar von 54,3 auf 56,4 Prozent! Das ist der Beweis dafür, daß die Fürsorge für die Arbeitslosen weiter notwendig und daß alle Ursache vorhanden ist, diejenigen, die zu Unrecht aus der Ernährungsaktion ausgeschlossen sind, so dem Hunger überliefert werden, zu schützen und ihre Interessen in der Verwaltung mit allem Nachdruck zur Geltung zu bringen.

Wogegen wir uns ganz besonders wenden müssen, sind die willkürlichen, dem Geist der Weisungen des Fürsorgeministeriums widersprechenden Ausschreibungen bedürftiger Menschen aus der Ernährungsaktion. Der Referent und die Debattierenden haben da Beispiele angeführt, welche jeden sozial empfindenden Menschen mit Empörung erfüllen müssen. Da wird eine arbeitslose Frau ausgeschlossen, weil der Mann 100 Kč monatlich verdient — mit den 3 Kč täglich sollen die beiden leben! Einem Familienerhalter, der vier Menschen zu ernähren hat, wird der Anspruch auf die 20 Kč abgesprochen, weil er eine Rente von 50 Kč monatlich hat, ein anderer Mann wieder bekommt nichts, weil seine Frau 20 bis 30 Kč wöchentlich verdient, eine Frau wieder, die fünf Kinder hat, wird abgewiesen, weil der Mann eine Pension von 180 Kč monatlich hat — die Behörden glauben wahrhaftlich, daß sieben Personen davon für sich leben können. Erwachsene Menschen bekommen keine einzige Karte, weil der Vater als Aufseher 40 Kč Wochenlohn hat. In Nordwestböhmen darf man nicht Kohlen kaufen und einen Saal davon verkaufen — weil man sonst für unwürdig erachtet wird, eine Reihnortkarte zu erhalten. In Podersam bezieht eine Rente von 85 Kč monatlich, er hat mehrere Kinder. Tut nichts, er bekommt nichts. Im Erzgebirge verdient eine Arbeitslose durch Klöppeln zwei Kronen täglich, sie wird als so wohlhabend angesehen, daß man es nicht für notwendig erachtet, eine einzige arbeitslose Ernährungsarte zu erhalten. Im Böhmerwald geht jemand Hilfe suchen, ihn trifft daselbe Schicksal und in Schwandlwald wird jemand mit der freien Vernetzung abgewiesen, er würde schon Arbeit finden, wenn er wollte. Ein Martyrium haben die Salsobauer Arbeiter zu erdulden. Die Behörden haben das Bestreben, womöglich überhaupt alle Saisonarbeiter auszuschließen, was aber kein Erfolg schreibt. Fürchtbar ist auch das Schicksal der jugendlichen Personen, die nicht in der Lage sind, den Nachweis einer früheren dreimonatlichen Beschäftigung zu erbringen und die dem körperlichen und moralischen Verderb ausgeliefert werden. Man denke nur an die heimgekehrten Soldaten, die zwei Jahre ihre staatsbürgerliche Pflicht erfüllt haben und dann nicht einmal eine Ernährungsarte bekommen! Im Saazer Bezirk will man nicht einmal die Beurlaubungszeit als Arbeitsbeschäftigung ansehen, womit sich der Jugendliche das Anrecht auf die Unterstützung erwirbt, obwohl dies der Gewerbeordnung widerspricht. Wenn ein Bauer eine halbverfallene Stille sein Eigen nennt, streift ihn die Bezirksbehörde zum wohlhabenden Mann, der keinen Anspruch auf eine Ernährungsarte hat. Hat ein industrieller Arbeitsloser das Unglück

10 neue Staatspolizeiamter

Brag. In der Gesetzesammlung wurde eine Umbildung des Innenministeriums verlautbart, durch welche weitere zehn Staatspolizeiamter sowie eine Reihe von Exposituren im Grenzgebiet errichtet werden.

Auch im Kladnoer Revier Teuerungsausshliffen

Kladno. Montag vormittags wurden die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und den Grubenbesitzern des Kladnoer und Schlaner Reviers über die außerordentliche Teuerungsausshilfe beendet.

Kommunistische Wahl-Niederlage in Prag

Samstag und Sonntag wurde der Betriebsausfluß der Elektrischen Unternehmungen der Stadt Prag neu gewählt. Es waren 7217 Wahlberechtigte vorhanden, 7035 beteiligten sich an der Wahl, davon hatten 32 ungültige Stimmgelbe abgegeben.

Der Präsident der Republik empfing Montag den Innenminister Dr. Cerny, Weiter empfing der Präsident den Schriftsteller Bruce Zohary und schließlich Vertreter der tschechoslowakischen Organisation der Offiziers- und Kriegsinvaliden.

Das Fürsorgeministerium hat eine Regierungsverordnung über die Ueberweisungsbeträge u. die Berechnungsgrundlagen der Zentralsozialversicherungsanstalt nach den §§ 240-243 des Sozialversicherungsgesetzes fertiggestellt und ins interministerielle Verfahren geleitet.

Sudetendeutscher Zeitspiegel

SdP im Winkel

Die Stellungnahme der SdP zu den deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen erinnert an den Ausspruch vom „vergessenen Regenschirm“, den ein deutscher sozialdemokratischer Politiker bei der Präsidentenwahl auf die Rolle der SdP prägte.

R. S. Franck meint, die SdP habe sich an den Verhandlungen nicht beteiligen können, weil für sie eine derartige „niedrige Verhandlungsbasis“ untragbar sei. Nun hätte sich die SdP, die sich schon früher, ohne besondere Bedingungen zu stellen, um Ministerpräsidenten bemüht hat...

Ihre Situation wird durch die großen Worte nicht besser, mit denen R. S. Franck „auf Ganze“ geht. Die von ihm geforderte physikalische Abrüstung des tschechoslowakischen Volkes als einer Voraussetzung zum ganzen Ausgleich wird durch die Existenz und die Tätigkeit der SdP nämlich keineswegs gefördert.

Dah die deutschen Regierungsparteien trotz dieser Tatsache auf dem besten Wege sind, zu einem Einvernehmen zu gelangen, das auf jeden Fall das Sudetendeutschum besser befriedigen wird als die kraftgeschwollenen, nichts nutzigen Reden der SdP-Reute über die „Gesamt-Lösung“, ist um so erfreulicher.

Die Freunde Henleins

Im „Narodni Osvobodzeni“ schreibt B. Gutwirts über die Bemühungen der tschechischen und der deutschen Nationalisten, die Ausgleichsverhandlungen zu stören, u. a. folgendes:

Es ist dabei gut bekannt, wie gut die Ueber-einstimmung der tschechischen Industriellen aus den Narodni Sjednoceni mit ihren deutschen Kollegen ist, die mit der Henleinpartei sympathisieren. Die tschechischen und die deutschen Unternehmer bei uns brauchen keine Funktionen, weil sie schon längst Hand in Hand arbeiten.

Die Firma Bendix in Quallsch

Ist, wie die Zeitungen melden, in Solbent. Die Aktiven betragen drei Millionen Kronen, die Passiven fünf Millionen. Die Firma bietet eine Ausgleichsquote von 80 Prozent.

brachte als bleie seiner Standesgenossen, und für die Arbeiter einen unheimlichen Anhalt, denn es ist, obwohl sehr viele Umstände dafür sprechen würden, noch lange nicht sicher, ob die Gläubiger das Angebot annehmen werden, weil die Banken selbst an der Stilllegung von Textilbetrieben außerordentlich interessiert sind und unbestimmt um Einzel- oder Massenschicksale in solchen Fragen nur vom Standpunkte der Eigeninteressen entscheiden.

Gräblicher Unfall auf Paul II-Schacht

Raum sind es drei Wochen her, seit sich der tödliche Unfall auf Paul II Schacht ereignete, dem der Häuer Joachim Valer aus Bruch zum Opfer fiel, ereignete sich am Samstag, den 30. d. M., in der Nachschicht wiederum ein schwerer Unfall, der den betroffenen Revierzimmerhäuer Franz Rychl aus Oberleutensdorf, auf Lebenszeit zum Krüppel macht.

Sportunfälle im Tepitzer Gebiet

Am Samstag nachmittags verunglückte der elfjährige Sohn Emil unseres Genossen Max Schmid aus Traupen beim Skifahren auf der Schillerwiese. Er erlitt einen Oberschenkelbruch und mußte ins Krankenhaus überführt werden.

Der 28-jährige Kurt Purkert aus Jundendorf war bei der Fahrt vom Mückenberg gegen Boitsdorf gegen einen Baum gerannt und hatte sich das linke Ohr einhaken wegerissen. Er lag blutend und bewusstlos im Schnee und mußte ins Krankenhaus überführt werden.

In der Nähe von Modlan fuhr ein zwölfjähriger Knabe mit seinen Ski gegen Steine, stürzte und zog sich einen Bruch des rechten Beinns zu. Auch er wurde der Pflege des Krankenhauses übergeben.

„Der Führer vollzieht den Eintritt — wohin? Nun, wie die „Zeit“ meldet, den Eintritt der noch nicht nationalsozialistischen Mitglieder der Reichsregierung in die Partei.

„Die Zeit“ bringt die Führerrede nicht nur in der größten Aufmachung, sondern hat auch ihren Chefredakteur „Wa“ zu einer Stellung-

Im Rahmen des Völkerbundpaktes

England und die Tschechoslowakei

London. Auf eine Anfrage im Unterhaus, ob Außenminister Eden bereit sei, zur Sicherung des europäischen Friedens zu konstatieren, daß die britische Regierung jede Verletzung der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit der Tschechoslowakei als einen unfreundlichen Akt ansehen würde, antwortete Minister Eden mit einem Hinweis auf die Antworten, welche er auf ähnliche Fragen im Vorjahre gegeben hat, und fügte hinzu, er habe der vor einigen Monaten erteilten Antwort, welche noch gelte, nichts hinzuzufügen.

Am 27. Mai 1936 fragte der konservative Abgeordnete Adams im Unterhaus: „Welches ist die gegenwärtige Politik der britischen Regierung hinsichtlich der Erhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs und der Tschechoslowakei? Außenminister Eden antwortete: „Was die Tschechoslowakei anlangt, ergibt sich die Politik der britischen Regierung aus der treuen Ergebenheit zum Völkerbundpakt.“

Das Echo der Hitler-Rede „Nichts Neues ... großer Bluff“

Hitlers Samstag-Rede wird in der Presse der westeuropäischen Länder im allgemeinen abgelehnt, zum Teil sehr scharf kritisiert. Man wendet sich bezeichnenderweise nicht so sehr gegen die Kündigung der Unterstift des Versailles-Vertrages als gegen die Inhaltlosigkeit der Hitler'schen Phrasen, die keinen „positiven Beitrag“ zum Frieden darstellen.

Polnische Olympiade-Mannschaft erhält keine Reisepässe

Warschau. Der sozialistische „Robotnik“ veröffentlichte eine Mitteilung der Leitung der Arbeitersportverbände, daß die beabsichtigte Entsendung einer offiziellen Repräsentanz der Arbeitersportverbände zur Winterolympiade in der Tschechoslowakei nicht verwirklicht werden kann, weil die Behörden die Gewährung von Reisepapieren für die Arbeitersportmannschaften verweigerten.

nahme strapaziert. Dieser macht sich keine Arbeit leicht: er wiederholt ganz einfach die Ansichten Hilters und belakariert sie so als jene der SdP. Es fällt den „Loyalen“ nicht im Traume ein, auch nur ein Wort der Kritik an dieser Rede zu sagen, obwohl sie zu ihr nicht nur als Deutsche, sondern auch als Tschechoslowaken, vor allem aber als Demokraten zu einer kritischen Stellungnahme verpflichtet wären.

Die Staatspolizei in Komotau wird, wie aus verlässlicher Quelle gemeldet wird, bereits die ersten Tage im Feber die von der Gemeinde hergerichtete Kaserne (ehemalige Hotel „Weimar“) in ihre Obhut übernehmen. Die Dienstübergabe wird etwa am 16. Feber erfolgen.

Die Staatsprüfung für Versicherungstechniker, findet in der Zeit vom 6. bis 8. April statt. Die schriftlichen Prüfungen werden am 6. und 7. April ab 8 Uhr, die mündlichen Prüfungen am 8. April ab 15 Uhr abgehalten.

Generalsvornamtschank und Pflegeinberausicht. Durch die Generalsvornamtschank vertritt die Deutsche Jugendfürsorge alle Kinder, die unterlos, verwaist oder unehelich sind, die nicht ordentlich erzogen werden und für die kein anderer Erzieher als gesetzlicher Vertreter vorhanden ist, dem Gesetze und der Öffentlichkeit gegenüber und anschließend über Erziehung, Unterhalt, Beruf und Ausbildung. In Böhmen allein sind 26.426 Kinder Mündel der Deutschen Jugendfürsorge.

Im Rahmen des Völkerbundpaktes

London. Auf eine Anfrage im Unterhaus, ob Außenminister Eden bereit sei, zur Sicherung des europäischen Friedens zu konstatieren, daß die britische Regierung jede Verletzung der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit der Tschechoslowakei als einen unfreundlichen Akt ansehen würde, antwortete Minister Eden mit einem Hinweis auf die Antworten, welche er auf ähnliche Fragen im Vorjahre gegeben hat, und fügte hinzu, er habe der vor einigen Monaten erteilten Antwort, welche noch gelte, nichts hinzuzufügen.

„Es ist dabei gut bekannt, wie gut die Ueber-einstimmung der tschechischen Industriellen aus den Narodni Sjednoceni mit ihren deutschen Kollegen ist, die mit der Henleinpartei sympathisieren. Die tschechischen und die deutschen Unternehmer bei uns brauchen keine Funktionen, weil sie schon längst Hand in Hand arbeiten.“

Die französischen Presse ist von recht bis links einig in der Ablehnung der Hitler'schen Reden und betont, daß die Kriegsgesfahr bestehen bleibe, solange Deutschland nicht auf die sachlichen Vorschläge Frankreichs eingehe. Man empfand es als Affront, daß Hitler Blums hohes Rede einfach totschweigt.

In Belgien wird hervorhoben, daß man Hitler nicht glauben könne. Auffallend schlecht ist Hitlers Presse-Echo in Oesterreich, obwohl Schuschnigg Rundfunk die Rede auf Platten ausgefand hat, sich also weitgehend mit ihr solidarisiert.

Ungarischer Innenminister demissioniert

Wien. Aus informierten Budapest Kreisen wird mitgeteilt, daß Innenminister Rozsa seine Demission gegeben hat. Rozsa habe sich mit diesem Gedanken bereits schon längere Zeit befaßt und habe im Laufe der am Freitag stattgefundenen Audienz beim Reichsverweserorthy seine definitive Entscheidung vorgelegt.

